

# Landes-CDU heizt Streit um Zuwanderung an

Thüringens CDU-Fraktionschef Mike Mohring auf den Spuren von CSU-Chef Horst Seehofer? Mit einem Positionspapier zur Europapolitik hat Mohring heftige Debatten ausgelöst.

Von Jens Wenzel

**Volkenroda/Erfurt** – Thüringens CDU-Fraktionschef Mike Mohring fordert einen härteren Kurs gegen Zuwanderer aus Osteuropa: Es müsse sichergestellt sein, dass es keine Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme gebe, heißt es im Entwurf eines europapolitischen Positionspapiers, das die Landtagsfraktion am Donnerstag bei ihrer Klausur im Kloster Volkenroda im Eichsfeld beraten hat. Das unserer Redaktion vorliegende Papier soll an diesem Freitag beschlossen und der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Die Forderung Mohrings bezieht sich auf die seit Jahresbeginn geltende Freizügigkeit für Menschen aus Rumänien und Bulgarien innerhalb der Europäischen Union. Die Schwesterpartei CSU hatte Befürchtungen ge-

schürt, Rumänen und Bulgaren könnten in großer Zahl nach Deutschland kommen und hier von Sozialhilfe leben. Demgegenüber bemühte sich die CDU bundesweit bislang darum, im Vorfeld der Europawahl in diesem Jahr allzu harsche Töne zu vermeiden.

Für seinen Kurs wird Mohring bereits heftig attackiert. Der Landesvorsitzende der SPD-Nachwuchsorganisation Jusos, Markus Giebe, forderte Ministerpräsidentin und CDU-Landeschefin Christine Lieberknecht auf, ihre Fraktion in die Schranken zu weisen. „Wenn Frau Lieberknecht die europäische Integration ausbremst und den Thüringer Wirtschaftsstandort gefährdet, dann ist sie nicht würdig, den an sie verliehenen Mérite Européen, für Verstän-

digung in Europa, weiter zu tragen“, so Giebe. Erst am Montag habe der Verband der Wirtschaft Thüringens den Kurs der CSU in Sachen Zuwanderungspolitik kritisiert, so der Juso-Vertreter.

Auslöser der Kritik sind Aussagen wie diese im Mohring-Papier: „Wir begrüßen die Freizügigkeit im Arbeitsmarkt, denn wir brauchen ausländische Fachkräfte in Deutschland, die auch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen und die nicht zuallererst Sozialleistung erhalten wollen.“ Die Christdemokraten beteuern auch Europa sei für die CDU eine Herzensangelegenheit. „Aber gerade in der weltweiten Konkurrenz zu China oder den USA müssen wir auch künftig sicherstellen, dass die EU wirtschaftlich ganz oben mitspielt.

Es kann nicht darum gehen, die Starken zu schwächen.“

Aus diesem Grund müsse man vor einer weiteren Ausdehnung der EU warnen, heißt es weiter. Gefordert wird sogar, jegliche EU-Erweiterung auf Eis zu legen. Länder wie Mazedonien, Albanien oder die Türkei müssten zu nächst ihre Probleme selbst lösen, heißt es in dem Papier. So weit wollte die Bundes-CDU in ihren Positionen bislang nicht gehen.

## Einwanderer aus Rumänien und Bulgarien

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) schätzt, das zur Mitte des vergangenen Jahres 368 000 Bulgaren und Rumänen in Deutschland lebten. Durch die Freizügigkeit könnten in diesem Jahr 100 000 bis 180 000 Personen hinzu kommen. Auf Hartz-IV-Bezug waren rund 10 Prozent aller Bulgaren und Rumänen in Deutschland angewiesen: mehr als in der Gesamtbevölkerung (7,5), aber deutlich weniger als bei allen Ausländern (15). Soziale und wirtschaftliche Probleme konzentrieren sich in Städten wie Duisburg, Dortmund und Berlin. Dort waren 60 bis 75 Prozent dieser Zuwanderer weder erwerbstätig, noch erhielten sie Sozialleistungen.